**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/5068**

26. 06. 96

# Änderungsantrag

**der Abgeordneten Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uta Zapf, Gernot Erler, Volker Kröning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**– Drucksachen 13/4567, 13/4999 –**

## Umfassendes Atomteststoppabkommen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses – Drucksache 13/4999 – wird durch die folgende Beschlußempfehlung ersetzt:

„Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung des Moskauer Atomgipfels, bis zum September einen Vertrag über einen umfassenden Nuklearen Teststopp (CTBT) schließen zu wollen.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Verhandlungen dafür einzusetzen, daß jede Kernwaffentestexplosion und jede andere Kernexplosion, inklusisve subkritischer Tests, verboten werden sollen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Verhandlungen für ein Verbot jeglicher Computersimulationstests für Kernwaffen einzusetzen.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Verhandlungen dafür einzusetzen, daß das Abkommen so transparent wie möglich gestaltet wird und daß Vor-Ort-Inspektionen in allen Kernwaffenstaaten und Schwellenkernwaffenstaaten vereinbart werden.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, darauf zu dringen, daß die Verhandlungen zu einem generellen Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper (cut-off) schnellstmöglich abgeschlossen werden.
6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für die Schaffung eines internationalen Spaltstoff-Kontroll-Systems einzusetzen, das aus der nuklearen Ab-

rüstung freiwerdendes Hochangereichertes Uran (HEU) und Plutonium und ziviles Material in den Kernwaffenstaaten unter die Sicherheitsmaßnahmen der IAEO stellt.

7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch einseitige Maßnahmen die Glaubwürdigkeit der deutschen Position zu unterstützen. Eine erste Maßnahme ist der Verzicht auf den Forschungsreaktor FRM II.

8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen, insbesondere Atomwaffen, grundgesetzlich zu verankern, und den sofortigen Ausstieg aus der Plutonium-Wirtschaft einzuleiten."

Bonn, den 25. Juni 1996

**Angelika Beer**
**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

## Begründung

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen zum umfassenden Kernwaffenteststoppabkommen ist enttäuschend. Die Befürchtung, die von Indien geäußert wurde, daß die Kernwaffenstaaten, insbesondere die Vereinigten Staaten, ihr Monopol sichern wollen, erscheint nicht unbegründet. Die absehbaren Ergebnisse erscheinen vor dem Hintergrund der technischen Möglichkeiten im Nuklearbereich und der Nuklearpolitik der Kernwaffenstaaten und der Bundesrepublik Deutschland unzureichend.

Durch den bisherigen Entwurf sind Simulationstests nicht ausgeschlossen. Zwar trifft es zu, daß nur durch Computersimulation die Weiterentwicklung von Atomwaffen verlangsamt wird, sie kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Für Wasserstoffbomben läßt sich im Gegenteil sogar befürchten, daß Computersimulation eher als aufrüstungspolitische Maßnahme bewertet werden kann. In Kombination mit Experimenten stellen derartige Tests nach Aussagen von Friedensforschern die einzige Stütze für die Weiterentwicklung dar.

Die Optimierung von Kernwaffen zur Erzeugung von elektromagnetischen Impulsen geschieht schon heute am besten im Computer, weil dieser Effekt nur durch das Zünden von Kernwaffen in hohen Schichten der Atmosphäre die gewünschte Wirkung erzielt und dies dort schon seit dem partiellen Atomtteststoppabkommen aus dem Jahre 1963 nicht mehr gestattet ist.

In der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses sind subkritische Tests nicht erwähnt. Eine komplette Kernwaffe oder einer vergleichbare Anordnung kann als subkritischer Test gezündet werden. Auf diese Weise gewonnene Daten werden für eine verbesserte Computersimulation von Kernwaffen benötigt und können so indirekt der Weiterentwicklung von Kernwaffen dienen.

Aus diesen Gründen kann der Deutsche Bundestag der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses nicht zustimmen und schlägt eine geänderte Beschlußempfehlung vor.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333